

"Wie steht's mit Europa?" in Arbeiter-Zeitung (7. Mai 1961)

Legende: Am 7. Mai 1961 kommentiert die österreichische Arbeiter-Zeitung die Konsequenzen eines möglichen Beitritts des Vereinigen Königreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und hebt den Vorschlag der Wiener Regierung hervor, einen Brückenschlag zwischen den Sechs und den anderen Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu tun, um ihre Handelsbeziehungen zu intensivieren.

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 07.05.1961, n° 106. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"wie_steht_s_mit_europa_"_in_arbeiter_zeitung_7_mai_1961-de-2049598a-25fc-4116-b65a-45740ad7ecdf.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Wie steht's mit Europa?

In der letzten Zeit sind verschiedene Sensationsnachrichten über Europa durch die Presse gegangen. Eine englische Zeitung meldete, England werde demnächst der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beitreten. Die Partner Englands in der Europäischen Freihandelszone (EFTA), zu der auch Österreich gehört, müssten diesem Beispiel folgen. Wenn die drei neutralen Mitglieder der EFTA, (Schweden, die Schweiz und Österreich) wegen ihrer Neutralität der EWG nicht beitreten wollten, müssten sie eigene Vereinbarungen mit ihr schließen.

Was ist an diesen Meldungen wahr? Außenminister Dr. Kreisky hat kürzlich in einem Gespräch mit ausländischen Journalisten hervorgehoben, daß sich konkret überhaupt nichts geändert hat. Richtig ist nur, daß Präsident Kennedy bei seinen Gesprächen mit dem britischen Premierminister Macmillan in Washington über die Trennung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke gesprochen und dabei neuerlich den Wunsch ausgedrückt hat, England solle im Interesse der europäischen Einigkeit der EWG beitreten. Daß die amerikanische Regierung der EWG freundlich gegenübersteht, ist keine Neuigkeit. Aber ein amerikanischer Wunsch ist für England noch keineswegs ein Befehl.

Konkrete Verhandlungen zwischen England und der EWG über einen Beitritt sind nicht im Gang. England hält auch seine Partner in der EFTA über alle Fragen, die die Einigung Europas betreffen, auf dem Laufenden. Die zukünftigen Entscheidungen werden von den Mitgliedsländern der EFTA im Einvernehmen miteinander getroffen werden. Es empfiehlt sich daher, nochmals festzustellen, was der Standpunkt Österreichs in dieser Frage ist.

Die österreichische Regierung ist bekanntlich — nicht weil die Russen es so wollten, sondern aus eigener Überzeugung — zu dem Beschluß gekommen, daß ein direkter Beitritt Österreichs zur EWG als Vollmitglied mit unserer Neutralität in Widerspruch stünde. Die EWG enthält nämlich in ihrer Verfassung politische Klauseln, deren Einhaltung die Handlungsfreiheit eines neutralen Landes zu sehr einschränken würde. Dagegen wäre ein Assoziationsvertrag Österreichs mit der EWG, in dem besondere Bestimmungen zur Sicherung der österreichischen Neutralität festgesetzt werden müssten, keineswegs von vornherein ausgeschlossen. Das hat Außenminister Dr. Kreisky schon vor anderthalb Jahren ausdrücklich gesagt. Bei einem solchen Vertrag, bei dem Österreich gewissermaßen als außerordentliches Mitglied der EWG beitreten würde, hängt eben alles davon ab, was in dem Vertrag drinsteht.

Unter dem Schlagwort eines „Brückenschlages“ zwischen der EWG und der EFTA kann man die verschiedensten Dinge verstehen. Der Plan, den die österreichische Regierung für den besten hält, wäre der sogenannte „Rahmenvertrag“. Das ist ein von Außenminister Dr. Kreisky entwickelter Gedanke, den Bundeskanzler Dr. Gorbach in seine Regierungserklärung aufgenommen hat. Dieser „Rahmenvertrag“ bestünde in einer feierlichen gemeinsamen Erklärung der Mitgliedsländer beider Blöcke — der EWG und der EFTA —, in der diese ihren Willen kundgeben sollen, innerhalb eines bestimmten Zeitraums einen großen freien Markt der 300 Millionen Europäer zu schaffen. Damit wäre der Rahmen gegeben. Innerhalb dieses Rahmens müssten dann eine große Anzahl von Sonderverträgen zwischen den Mitgliedstaaten geschlossen werden. Dabei könnte auf die Situation und die Interessen jedes einzelnen Landes gebührend Rücksicht genommen werden.

Infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Italien, die beide der EWG angehören, hat Österreich ein besonders starkes Interesse an diesem „Brückenschlag“. England war bis jetzt dasjenige unter den Mitgliedsländern der EFTA, das gegenüber den Plänen einer allgemeinen wirtschaftlichen Integration (Einigung) Europas am meisten gezögert hat. Schuld daran war seine eigene enge wirtschaftliche Verflechtung mit den überseeischen britischen Commonwealth-Ländern. Nun hat England unter dem Eindruck der Entwicklung in Europa seine Haltung bis zu einem gewissen Grad revidiert. An der Bildung der größeren europäischen Gemeinschaft haben übrigens keineswegs nur die EFTA-Länder ein Interesse. So ist zum Beispiel in den deutschen Hansastädten, die besonders stark auf den Export nach England und Skandinavien angewiesen sind, das Interesse an einem „Brückenschlag“ besonders stark.

Manche Leute, besonders die Amerikaner, sehen große Vorteile in einer engen, straff organisierten Staatengemeinschaft, wie sie die EWG darstellt. Auf der anderen Seite ist es klar, daß viele europäische Länder von der Teilnahme an einer so engen politischen Verbindung von vornherein ausgeschlossen sind, während sie an einer mehr aufgelockerten wirtschaftlichen Verbindung teilnehmen könnten — dazu gehören nicht nur die neutralen Länder Österreich, Schweden, Schweiz und Irland, sondern zum Beispiel auch Finnland, unter Umständen auch Jugoslawien, vielleicht auch Spanien und Portugal, unabhängig davon, wie sich dort die politischen Verhältnisse entwickeln.

Das bedeutet aber nicht, daß die EWG aufgelöst werden sollte. Österreich ist keineswegs gegen die EWG — nur kann es selbst aus bestimmten Gründen nicht als Vollmitglied beitreten. Für diejenigen Länder, für die sie die geeignete Form darstellt, soll die EWG auf jeden Fall weiterbestehen. Aber darüber hinaus könnte die größere Gemeinschaft entstehen, deren weniger intensive, weniger dichte Organisationsform es auch den anderen europäischen Ländern ermöglichen sollte, teilzunehmen.

Schon der Beitritt Englands zur EWG müßte Änderungen in ihrem Aufbau notwendig machen, die ihren ganzen Charakter umwandeln würden. Unter diesen Umständen denkt man eher daran, die beiden Formen der Europagemeinschaft gleichzeitig bestehen zu lassen: einen dichten Kern und eine losere Verbindung, die außer den Ländern des Kerns auch die anderen europäischen Länder umfaßt, die einer solchen Verbindung angehören können, ohne mit den Gesetzen ihrer eigenen Entwicklung in Widerspruch zu kommen.

F. S.